1/2013 € 2,00

der bajuware

DAS MAGAZIN DER JUNGEN UNION BAYERN

@jubayern

Wie das Internet die politische Kommunikation verändert

EUROPAS GRENZKILOMETER: 208.363
BEVÖLKERUNG: 820.302.470
EIN PARTNER FÜR SICHERHEITSLÖSUNGEN

LÄNDER ÜBERGREIFENDE SICHERHEIT. Europa ist durchzogen von tausenden Kilometern Grenzen – an Land und auf See. Innerhalb dieser Grenzen leben und arbeiten Millionen von Menschen, in großen und kleinen Städten. Unsere herausragenden Fähigkeiten bei landesweiten und grenzüberschreitenden Sicherheitslösungen machen uns zu einem Vertrauenspartner für Regierungen und Behörden zahlreicher Länder, deren Ziel es ist, ihre Hoheitsgebiete, Bürger und Ressourcen zu schützen. **www.cassidian.com**

EDITORIAL

Die Bayern wissen, was für sie gut ist

Diese Lektüre hat Freude gemacht. Die sonst eher CSU-kritische Süddeutsche Zeitung hat als Ergebnis einer umfassenden Studie festgestellt: Eine Wechselstimmung ist im Freistaat nicht im Ansatz zu erkennen. Die Bayern sind zufrieden, sie trauen der CSU am meisten zu. Ob Wirtschaft, Arbeitsplätze, Bildung oder Familie – stets liegt die Partei deutlich vorne.

Die Menschen wissen um die Leistungsfähigkeit Bayerns. Sie wollen das – auch bei dieser Wahl – nicht aufs Spiel setzen. Zumal eine Alternative nicht in Sicht ist. Um das Dreierbündnis aus SPD, Grünen und Freien Wählern ist es ziemlich still geworden; nicht ohne Grund schreibt die Süddeutsche von einer „seltsamen Allianz".

Und auch auf Bundesebene wird immer klarer: Der Union nimmt man ab, die Republik in stürmischen Zeiten solide zu führen. Rot-Grün dagegen würde die Mittelschicht massiv belasten und den erfolgreichen Kurs Deutschlands gefährden. Schon oft gehört, aber es stimmt: Die Wahlen in diesem Jahr sind Richtungsentscheidungen.

Es grüßt Euch

Thomas Breitenfellner
Chefredakteur

6 **Demokratie per Mausklick – Wie sich die jungen Bayern informieren und an Entscheidungen mitwirken**
Stammtisch? Info-Abend? Facebook? Twitter? Wie kann die Politik junge Menschen wieder erreichen? Eine Studie der Hanns-Seidel-Stiftung beschreibt das Internetverhalten der jungen Generation – und das Verhältnis zum politischen Betrieb.

11 **Pro & Contra – Polizisten mit Nummern?**
Sollen Bayerns Polizisten individuell gekennzeichnet werden, zum Beispiel mit Dienstnummern? Straftaten könnten so besser verfolgt werden, sagen die Befürworter einer Kennzeichnungspflicht. Die Polizeigewerkschaft entgegnet, Einsatzkräfte würden dadurch u. a. im Internet verunglimpft und bedroht – auch, wenn sie sich nichts zu schulden kommen lassen.

12 **„Rot-Grün würde unsere Erfolge kaputtmachen"**
Erstmals zieht die CSU mit einer Frau an der Spitze in die Bundestagswahl. Gerda Hasselfeldt, die Vorsitzende der Landesgruppe, wird für ihren sachlichen Führungsstil geschätzt. Im *bajuware*-Interview spricht sie über die Wahlchancen, ihre Anfänge in der Jungen Union und schnurrende Kätzchen.

16 **Schuldenabbau an erster Stelle**
Das CSU-Programm für die Wahlen im September konnten die Mitglieder aktiv mitgestalten. Der „Bayernplan" der Partei wurde im Internet ausführlich diskutiert. Und auch die Junge Union hat zahlreiche Forderungen an die Mutterpartei gerichtet. Der *bajuware* dokumentiert das 21-Punkte-Papier.

18 **JU vor Ort**

22 ***bajuware* Wintertraum**

Rote Karte für rote Schuldenmacher Klare Kante zeigen: Unter dem Motto „Chancen statt Schulden“ hat die Junge Union vor dem Gelände des SPD-Parteitags in Augsburg einen großen Schuldenberg aufgeblasen, um vor der verheerenden Finanzpolitik der Sozialdemokraten zu warnen. Schon einmal hat der CSU-Nachwuchs die rote Politprominenz mit dem Schuldenberg in Bayern begrüßt, nämlich Klaus Wowereit im Sommer 2012. JU-Chefin Katrin Albsteiger erhielt daraufhin wegen eines Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz einen Bußgeldbescheid über 100 Euro. „Wir sind immer noch überzeugt, dass es keine anmeldepflichtige Aktion war“, sagt Albsteiger. Trotzdem bezahlte sie das Bußgeld – von ihrem Privatkonto.

Das Maxi im Visier

Schon lange wird die CSU-Landtagsfraktion Im Maximilianeum („Maxi“) als „Herzkammer“ der CSU bezeichnet. Junge Kandidaten sollen nun dafür sorgen, dass das Herz auch nach der Wahl am 15. September weiter kräftig schlägt. Der oberfränkische JU-Abgeordnete Martin Schöffel tritt wieder für den Stimmkreis Wunsiedel/Kulmbach an. Zum ersten Mal um ein Direktmandat bewerben sich Michaela Kanniber im Stimmkreis Berchtesgadener Land und Gerhard Hopp im Stimmkreis Cham. Auf den Listen der Bezirke kandidieren: Andreas Schalk, Alisa Hergenröder, Christine Kanczarek, Julia Latson, Oliver Höllriegl, Ingmar Schellhas, Tobias Winkler (MFR), Florian Hölzl und Christoph Maier (beide NB), Holger Then, Stephan Czepluch und Christian Rose (alle OFR), Martin Huber, Matthias Enghuber, Markus Meyer (alle OB), Matthias Beer und Stefan Ott (beide OP), Hans Reichhart, Melanie Dworacek, Christoph Bauer (alle Schwaben) sowie Judith Gerlach und Martin Wende, (beide UFR). Bei der Landtagswahl hat jeder Wähler eine Direkt- und eine Listenstimme.

Drei im Weggla oder Hot Dog?

Obamas zweite Amtszeit läuft nun ein halbes Jahr. Deine Zwischenbilanz?
Norman Blevins: Wir erleben einen Präsidenten, der nun seinen verdienten Platz in den Geschichtsbüchern sucht und dazu auf Dauerwahlkampf geschaltet hat. Er ist zwischen Haushaltskonsolidierung mit Schuldendruck, Parteienstreit und einem gescheiterten Einwanderungsrecht – mit rund elf Millionen illegalen Einwanderern – mitten in einer innenpolitischen Tragik-Triade. Was lässt sich bei dieser Ausgangslage erwarten? Ein Amerika, das mit sich selbst beschäftigt sein wird: Die Supermacht mit sicherheitspolitischer Zurückhaltung, aber auch jene Vereinigte Staaten, die die Kraft aufbringen werden, die transatlantische Freihandelszone zu realisieren.

Der Deutsch-Amerikaner Norman Blevins ist Mitglied im JU-Bundesvorstand und Leiter des AK Außenpolitik der JU Bayern.

Was macht dir mehr Freude: Super-Bowl oder Champions-League-Finale?
Schwierig … Man kann Football und Fußball sehr schwer miteinander vergleichen. Bei der Champions League drücke ich bayerischen oder deutschen Vereinen die Daumen. Wenn Superbowl läuft, dann fiebere ich mit den Clubs aus der American Football Conference, vor allem den New England Patriots.

Drei im Weggla oder Hot Dog?
Schmeckt beides lecker – das eine mit Senf, das andere mit Chili. Aber wenn ich die Wahl hätte, ganz klar: Drei im Weggla!

Die Spitzenkandidatin: JU-Chefin Katrin Albsteiger tritt für den Bundestag an.

Berlin, Berlin, wir fahren nach Berlin!

Wer kennt ihn nicht? Den Schlachtruf der Fans, deren Verein ins DFB-Pokal-Finale einzieht. „Berlin, Berlin, wir fahren nach Berlin.“ Nicht nur für Fußball-Anhänger gilt dies, auch einige bayerische JU-Mitglieder dürfte es (wieder) nach Berlin ziehen, wenn am 22. September der Bundestag neu gewählt wird.

So will die Stellvertretende CSU-Generalsekretärin Dorothee Bär, die bereits seit 2002 dem Bundestag angehört, ihr Direktmandat im Wahlkreis Bad Kissingen verteidigen. Um eine zweite Amtszeit im Parlament bewirbt sich JU-Landesschatzmeister Reinhard Brandl, der wieder in Seehofers Heimat Ingolstadt antritt. Darüber hinaus haben sich vier JU’ler in der heimischen CSU als Direktkandidaten durchgesetzt und beste Chancen, dem nächsten Bundestag anzugehören: Andreas Lenz in Ebersberg/Erding, Florian Oßner in Landshut, Wolfgang Stefinger im Münchner Osten und Emmi Zeulner in Kulmbach.

Auch auf der CSU-Liste tritt die junge Generation mit aussichtsreichen Plätzen an. So steht auf der sogenannten „Netto-Liste“ (Direktkandidaten abgezogen) die JU-Landesvorsitzende Katrin Albsteiger auf Platz 1. Auf dem vierten Netto-Platz folgt Oberbayerns JU-Bezirkschef Tobias Zech, auf Platz 10 Julia Bartz. Auf den weiteren Plätzen: Katrin Mair (14), Michael Bihler (16), Kurt Höller (17), Matthias Wucherer (18), Stephan Meier (22), Thomas Haslinger (24), Stefan Meyer (25), Patrick Fröhlich (28), Daniel Matulla (31), Jonas Geissler (33), Sven Heublein (34), Bernd Liebhardt (37), Manuel Kronschnabel (38) und Alexander Ried (40).

Junge Bezirke

In der breiten Öffentlichkeit fristen die sieben Bezirkstage ein Schattendasein. Derweil übernehmen sie wichtige Aufgaben, besonders im sozialen und kulturellen Bereich. Bei der Bezirkstagswahl, die wie die Landtagswahl am 15. September stattfindet, kandidieren dieses Mal überdurchschnittlich viele JU-Mitglieder.

Um ein Direktmandat bewerben sich Peter Daniel Forster (Nürnberg-Süd/Schwabach), Veit Hartsperger (Altötting), Olaf Heinrich (Regen/Freyung-Grafenau), Josef Heisl (Passau-Ost), Marco Kistner (Neustadt a.d. Aisch), Patricia-Anna Klein (Ingolstadt), Alexandra Langer (Weilheim-Schongau), Simon Schindlmayr (Freising), Sabine Schuster (München-Milbertshofen) und Catrin Seel (Nürnberg-Nord).

Auf den Bezirkslisten treten an: Mareen Backhaus, Maximilian Wohlrab, Claudia Wust (alle Mittelfranken), Manuela Wagenbauer (Niederbayern), Stefan Floerecke (Oberbayern), Kerstin Nestrojil und Oliver Schwämmlein (Oberfranken), Bettina Lohbauer (Oberpfalz), Matthias Neff, Christian Schubert, Stephan Prause und Ruth Hintersberger (alle Schwaben).

Demokratie per Mausklick

Wie sich die jungen Bayern informieren und an Entscheidungen mitwirken

Stammtisch? Info-Abend? Facebook? Twitter? Wie kann die Politik junge Menschen wieder erreichen? Eine Studie der Hanns-Seidel-Stiftung beschreibt das Internetverhalten der jungen Generation – und das Verhältnis zum politischen Betrieb.

Wie sehr interessieren sich die jungen Bayern für Politik?
Mehr als jeder Dritte 17- bis 29-Jährige interessiert sich stark oder sehr stark für Politik. Überdurchschnittlich großes politisches Interesse ist unter anderem bei Männern feststellbar sowie bei Befragten mit Abitur oder Studium. Hingegen sind unter anderem formal niedrig Gebildete, Frauen und Großstädter weniger an Politik interessiert.

Wie zufrieden ist die Jugend mit dem politischen System?
Eine Mehrheit von 56 Prozent ist mit dem politischen System zufrieden, das ist gegenüber 2010 ein Plus um 12 Prozentpunkte. Am Unzufriedensten sind die 17- bis 19-Jährigen.

Wie gut ist die Information über Politik?
Nur 4 Prozent fühlen sich sehr gut über Politik informiert, während sich weitere 39 Prozent für gut informiert halten. Es überwiegt also der Anteil derer, die sich weniger oder gar nicht informiert fühlen. Gegenüber einer Studie der Hanns-Seidel-Stiftung im Jahr 2002 ist der Anteil der jungen Menschen, die sich sehr gut oder gut informiert fühlen, deutlich gesunken. Trotz der gestiegenen Möglichkeiten, sich über politische Themen zu informieren, hat das Gefühl eines guten Informationsstandes offenkundig abgenommen. Medien- und Meinungsvielfalt führen somit nicht automatisch dazu, dass sich junge Menschen besser informiert fühlen.

Wie oft sind die jungen Bayern im Netz?
Fast 20 Stunden sind die jungen Bayern pro Woche aktiv im Internet, die „Nebenbei-Nutzung“ ist dabei nicht erfasst. Rund ein Zehntel dieser Zeit wird genutzt, um sich mit Politik zu beschäftigen. Jeder Fünfte blendet politische Themen völlig aus.

Was passiert „offline“?
Drei Viertel der jungen Bayern sehen regelmäßig (25 Prozent) oder zumindest gelegentlich (50 Prozent) im Fernsehen Nachrichten oder andere politischen Sendungen an. Sieben von zehn Befragten hören häufig (24 Prozent) oder gelegentlich (47 Prozent) Nachrichten im Radio. Tageszeitungen als Informationsquelle spielen noch für knapp zwei Drittel eine Rolle. Politische Magazine wie Spiegel oder Focus werden von 57 Prozent regelmäßig (12 Prozent) oder gelegentlich (42 Prozent) genutzt. Von Parteien, der Bundes- oder Staatsregierung werden Informationen hingegen eher selten angefordert (5 Prozent regelmäßig, 11 Prozent gelegentlich), weil sie sehr oft eher als einseitig oder parteilich eingestuft werden. ➤

Stammtischbrüder und Digital Natives: Die Kommunikation ist im Wandel. Politische Debatten bei einer Halben Bier haben nach wie vor Konju nktur. Doch das Internet wird immer mehr zur Plattform für Information und Diskussion.

Mit wem wird über Politik gesprochen?
Rund drei Viertel der jungen Bayern geben an, mit Eltern, Geschwistern, Verwandten, Freunden, Bekannten, Arbeitskollegen, Mitschülern oder Kommilitonen über Politik zu sprechen. Hingegen nimmt nicht einmal jeder Zehnte telefonisch oder per Brief Kontakt zu einem Politiker oder Verbandsvertreter auf. Und nur jeder Zwanzigste schreibt an eine Zeitung, einen Radio- oder einen Fernsehsender.

Geht die junge Generation auf die Straße?
Die Hälfte der jungen Bayern unterschreibt gelegentlich auf einer Unterschriftenliste bzw. gegen eine politische Entscheidung. Ein knappes Viertel nimmt hin und wieder an einer Demonstration zu einem politischen Thema teil. Für die Hälfte kommt die Teilnahme an einer Demonstration nicht in Frage. Auch Veranstaltungen und Bürgerversammlungen zu einem politischen Thema stoßen mehrheitlich auf Ablehnung.

Wird im Internet über Politik gesprochen?
Kommunikation zu Politik und politischen Themen findet – wenn überhaupt – überwiegend über Online-Netzwerke wie Facebook statt. Allerdings kommt für rund die Hälfte die Nutzung von Facebook und Co. in Verbindung mit Politik nicht in Frage. Twitter-Nachrichten zur Politik werden beispielsweise nur von 14 Prozent verfolgt. Twitter spielt als Kommunikationsmedium in Verbindung mit politischen Themen demnach eine untergeordnete Rolle. Nicht einmal jeder fünfte tauscht sich in Chats, Foren oder Newsgroups mit anderen über politischen Themen aus. Nur 16 Prozent hinterlassen auf Internetseiten von Printmedien oder elektronischen Medien Kommentare zu einem politischen Thema.

Welche Beiträge sind im Web interessant?
Alles in allem zeigt sich, dass vor allem Nachrichten zu Politik gelesen werden, während Videos, Podcasts oder die Internetseiten von Parteien, Politikern oder Regierungen nur teilweise angeschaut werden. Während Weblogs oder der Download von Informationsmaterial noch gelegentlich genutzt werden, kommen Twitter-Nachrichten hingegen überwiegend kaum in Frage.

Offline oder Online?
Informationsmaterial zu Politik wird eher aus dem Internet heruntergeladen und deutlich seltener telefonisch oder per Brief angefordert. Ebenso werden Kommentare und Leserbriefe an Medien eher online (15 Prozent) als schriftlich (3 Prozent) verfasst. Sofern die Kontaktaufnahme zu Politikern überhaupt in Frage kommt, erfolgt diese jedoch zu gleichen Teilen auf dem traditionellen Weg und online. Die traditionellen Formen der Information, Kommunikation oder Partizipation spielen für junge Menschen weiterhin eine große Rolle. Insbesondere die interpersonale Kommunikation und die Teilnahme an Unterschriftenaktionen oder Petitionen spielen sich vielfach eher außerhalb des Netzes ab.

Wie beteiligen sich die jungen Bayern?
Partizipationsmöglichkeiten werden nach wie vor häufiger auf dem klassischen Weg wahrgenommen. Erkennbar ist ungeachtet dessen, dass sowohl Offline- als auch Online-Aktivitäten in Verbindung mit Politik ihre „Anhänger“ haben und somit weder auf traditionelle noch auf digitale Formen der Information, Kommunikation und Partizipation verzichtet werden kann.

Welche Vorteile haben Internet und Social Media?
Als Vorteile von Internet und Social Media nennen die Befragten vor allem die Aktualität von Informationen sowie den schnelleren Meinungsaustausch und die Vernetzung. Freie Meinungsäußerung ist möglich und der Kontakt zu Politikern wird erleichtert.

Welche Nachteile haben Internet und Social Media?
Als Nachteile werden die schnelle Verbreitung von Gerüchten und Fehlinformationen genannt. Die Richtigkeit und die Quellen seien oft nicht überprüfbar. Jeder könne – trotz Unwissens – seine Meinung äußern. Die Anonymität und Unpersönlichkeit wird bemängelt. Dass zum Beispiel Extremisten eine Plattform erhalten, wird als weiterer Kritikpunkt genannt.

Welche Rolle wird das Internet für die Politik spielen?
Nur ein Viertel der jungen Bayern geht davon aus, dass Internet und Social Media in Verbindung mit Politik und politischen Themen für die meisten Menschen eine ganz entscheidende oder sehr große Rolle spielen.

Mit welchen politischen Themen beschäftigen sich die jungen Bayern im Internet?
Die jungen Bayern informieren sich im Internet besonders häufig zu Themen aus dem Bereich Bildung und Soziales (21 Prozent). Jeweils rund jeder Zehnte beschäftigt sich online mit Weltpolitik, Personen bzw. Parteien oder aktuellen Themen.

Werden die Bürger ausreichend an politischen Entscheidungen beteiligt?

Rund die Hälfte der jungen Bayern hält die Beteiligungsmöglichkeiten an politischen Entscheidungen für ausreichend. Jedoch würden nur zwischen 26 und 39 Prozent der jungen Bayern von ausgewählten Partizipationsmöglichkeiten Gebrauch machen. Am ehesten kommen die Teilnahme an einer Befragung durch die Gemeinde mit Diskussionsforen (39 Prozent) und die Einreichung oder Unterstützung einer Online-Petition an den Bayerischen Landtag oder den Deutschen Bundestag (37 Prozent) in Frage. Drei von zehn jungen Bayern können sich vorstellen, bei einer online erfolgenden Vorstellung und Diskussion von Gesetzesvorhaben auf Landes- oder Bundesebene durch Bundeskanzleramt, Staatskanzlei oder Ministerium mitzumachen. Die Teilnahme an Online-Befragungen der EU-Kommission zu europapolitischen Themen können sich 26 Prozent vorstellen.

Wird das Internet die traditionellen Formen der Kommunikation ablösen?
Die neuen Möglichkeiten haben nicht dazu geführt, dass sich die Generation der Digital Natives, die von Geburt an mit dem Web aufgewachsen sind, von traditionellen Formen der Information, Kommunikation und Partizipation verabschiedet hat. Vielmehr werden Offline-und Online-Angebote gerade von den besonders internetaffinen jungen Bayern parallel wahrgenommen – das wiederum erhöht die Kontaktchancen mit dieser Zielgruppe entscheidend.

Quelle: „Jugend, Internet und Politik in Bayern", Hanns-Seidel-Stiftung, 2013

„Schnell, direkt, authentisch"

Die Junge Union Bayern nutzt die sozialen Netzwerke sehr aktiv. Landesgeschäftsführer Bernhard Kuttenhofer im *bajuware*-Gespräch.

Wird das Wahljahr 2013 im Internet entschieden?
Bernhard Kuttenhofer: Nicht unbedingt, aber man könnte einen Wahlkampf durchaus im Internet vergeigen. Online findet viel Kommunikation statt. Diese zu ignorieren, wäre so falsch, wie zu sagen: „Wir machen keine Infostände mehr."

Wie wichtig ist Facebook für die Junge Union Bayern?
Facebook ist von zentraler Bedeutung. Schnell, direkt und man bekommt sofort Feedback von der Basis – und kann sich austauschen. Toll ist, dass man amtsunabhängig über die Ebenen hinweg kommuniziert. Man muss also nicht erst einige JU-Jahre auf dem Buckel haben oder Delegierter sein. Wenn die Basis etwas blöd findet, erfährt man dies in nur wenigen Sekunden – das ist eine große Hilfe.

In der Studie der Hanns-Seidel-Stiftung wird Twitter eine eher untergeordnete Rolle zugeschrieben. Deckt sich das mit den Erfahrungen in der JU?
Nein. Unter den Nutzern von Twitter sind sehr viele Multiplikatoren und Meinungsführer. Twitter ist noch schneller als Facebook und vor allem direkt zitierfähig. Sehr oft gelangen Aussagen aus Twitter auch in Printmedien. Nirgendwo kann man im bundesweiten Aufmerksamkeitswettbewerb durch Schnelligkeit und pointierte Statements so schnell punkten wie auf Twitter.

Braucht es bei all den Sozialen Netzwerken überhaupt noch die klassische Internetseite?
Vor allem für Kontaktgesuche ist sie eine gute Anlaufstelle. Sie hat durch die sozialen Medien aber an Bedeutung verloren. Eine „Webvisitenkarte" sollte immer drin sein. Auch lassen sich Positionspapiere oder Pressemitteilungen hier besser darstellen. Aber: Soziale Medien sind dynamischer und bieten Raum für Dialog. Auch werden Seiten aus sozialen Netzwerken in Suchmaschinen höher eingestuft und entsprechend vorrangig angezeigt.

Welche Tipps kannst du den Orts- und Kreisverbänden für's Online-Geschäft geben?
Sei schnell, sei authentisch und führe den Dialog. Keine langen Freigabeprozesse und bloß nicht starre Pressemitteilungen posten.

Polizisten mit Nummern?

Sollen Bayerns Polizisten individuell gekennzeichnet werden, zum Beispiel mit Dienstnummern? Straftaten könnten so besser verfolgt werden, sagen die Befürworter einer Kennzeichnungspflicht. Die Polizeigewerkschaft entgegnet, Einsatzkräfte würden dadurch u. a. im Internet verunglimpft und bedroht – auch, wenn sie sich nichts zu schulden kommen lassen.

Pro | Alexander Bosch

In Deutschland diskutieren wir im Jahr 2013 immer noch über einen menschenrechtlichen Standard, der in Großbritannien bereits im 19. Jahrhundert umgesetzt wurde: Dort tragen nämlich alle Polizeibeamten ihre Dienstnummern gut sichtbar an der Kleidung. Die gleiche Regelung gilt auch in Spanien. Nachteile in Verbindung mit dieser individuellen Kennzeichnungspflicht sind nicht bekannt. Deswegen ist es verwunderlich, dass sich die deutschen Bundesländer mit der Umsetzung einer solchen Kennzeichnungspflicht so schwer tun und damit Straflosigkeit im Amt begünstigen. Amnesty International stellt immer wieder fest, dass Ermittlungen gegen Polizisten oder Polizistinnen eingestellt werden, weil diese nicht eindeutig identifiziert werden konnten. Auch die Staatsanwaltschaft München hat darauf hingewiesen, „dass Beamte in geschlossenen Verbänden oftmals wegen ihres uniformen Auftretens gar nicht identifiziert werden können und damit weder als Beschuldigte noch als Zeugen (…) für ein Verfahren zur Verfügung stehen." Dieser Zustand ist in einem demokratischen Rechtsstaat nicht hinnehmbar. Auch die Polizei sollte daran interessiert sein, dass Fälle von mutmaßlicher exzessiver Gewalt durch einzelne Kollegen aufgeklärt werden können. Dadurch würde auch das Vertrauen der Bürger in die Polizei gestärkt. In Berlin und Brandenburg gibt es übrigens bereits die individuelle Kennzeichnungspflicht. Höchste Zeit, dass die anderen Bundesländer nachziehen.

Alexander Bosch ist Sprecher der Themengruppe „Polizei und Menschenrechte" bei Amnesty International.

Contra | Hermann Benker

Aus der Forderung zur Kennzeichnungspflicht spricht ein neurotisches Misstrauen gegenüber der Polizei. Dieser Generalverdacht gipfelt in der Aussage, dass nur die Kennzeichnung eine psychologische Bremse für Übergriffe und Willkürakte wäre. Grundsätzlich gilt die Verpflichtung, sich bei Amtshandlungen zu legitimieren. Im polizeilichen Einzeldienst tragen manche Beamte freiwillig ein Namensschild und übergeben bei einer Sachbearbeitung ihre Visitenkarte. Diese polizeiliche Alltagsarbeit ist aber mit den überwiegend konfliktbeladenen Tätigkeiten und Einsatzlagen von geschlossenen Einsatzeinheiten nicht vergleichbar. Deshalb trifft die Ausweispflicht nur den Einsatzleiter. Die Möglichkeiten zur Identifizierung der Gruppenmitglieder sind ausreichend. Gerade bei Großeinsätzen besteht die Gefahr der ungerechtfertigten Überziehung mit Anzeigen und Beschwerden, ohne dass es zu einem Fehlverhalten der eingesetzten Kräfte gekommen ist. Das aggressive Fotografieren von Polizeikräften durch das polizeiliche Gegenüber in Verbindung mit Namensangaben führt immer wieder dazu, dass auf einschlägigen Internetseiten und –foren Polizeikräfte verunglimpft und teilweise unverhohlen auch mit Gewalt bedroht werden. Die Lagebilder des Innenministeriums belegen eine steigende Gewalt gegen Polizeibeamte. Eine parteiübergreifende Ächtung dieser Gewalt wäre eher angebracht, als die populistische Forderung nach Einführung einer Kennzeichnungspflicht.

Hermann Benker ist bayerischer Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft.

Erstmals zieht die CSU mit einer Frau an der Spitze in die Bundestagswahl. **Gerda Hasselfeldt,** die Vorsitzende der Landesgruppe, wird für ihren sachlichen Führungsstil geschätzt. Im *bajuware*-Interview spricht sie über die Wahlchancen, ihre Anfänge in der Jungen Union und schnurrende Kätzchen.

„Rot-Grün würde unsere Erfolge kaputtmachen“

Frau Hasselfeldt, welche Schwerpunkte wollen Sie in den anstehenden Wahlkämpfen setzen?
Wir müssen den Menschen deutlich machen, dass es in diesem Jahr mehr denn je darum geht, in welche Richtung sich unser Land entwickelt. Wollen wir weiter erfolgreich sein und zu den Starken gehören oder geht es uns vor allem um Besitzstandwahrung und Umverteilung? Die wichtige Botschaft ist doch: Diese Regierung war und ist erfolgreich. Das zeigt sich bei den Beschäftigtenzahlen ebenso wie beim Abbau der Verschuldung. Deshalb muss der Kurs fortgesetzt werden. Die Pläne von Rot-Grün würden diese Erfolge wieder kaputtmachen. Es geht um Solidität oder Verschuldung, um Aufschwung statt Abschwung, darum, ob unsere Jugend Chancen oder Schulden erbt. Es geht grundlegend um die Richtung. 2013 ist ein Richtungsjahr.

Sie sind als Landesgruppenvorsitzende im ständigen Kontakt mit Merkel und Seehofer. Wie ist die Stimmung derzeit, nachdem der Parteichef ja angekündigt hatte, dass die CSU 2013 zum „schnurrenden Kätzchen” werde?
Die CSU ist beides: schnurrendes Kätzchen und brüllender Löwe – je nachdem, was nötig ist. Die Zusammenarbeit ist von großem gegenseitigem Vertrauen geprägt, die Stimmung ist gut, auch wenn es natürlich immer auch Themen gibt, bei denen es unterschiedliche Meinungen gibt. Wie sollte es bei zwei Volksparteien auch anders sein. Das diskutieren wir dann und einigen uns – wie zuletzt bei der Rente. Wir gehen optimistisch und selbstbewusst den Wahlen entgegen.

„Vor mehr als 40 Jahren war ich als Frau eine echte Ausnahme in der JU.”

Die CSU befindet sich derzeit wieder im Aufwind, die Umfragen zur Landtagswahl sind konstant bei 46 bis 48 Prozent. Sieht doch nach einem erfolgreichen Wahljahr aus, oder?
Ja, das tut es in der Tat. Allerdings warne ich davor, zu sehr auf Umfragen zu schauen. Wie verlässlich die sind, hat ja zuletzt die Niedersachsenwahl gezeigt. Da wurden der FDP laut Umfragen kaum Chancen auf einen Einzug in den Landtag bescheinigt, am Ende haben die Liberalen eines ihrer besten Ergebnisse eingefahren. Von daher rate ich: Konsequent weiter arbeiten und nicht leichtsinnig in Übermut verfallen, dann werden wir im Herbst auch erfolgreich sein.

Bayern geht es hervorragend, aber auch Deutschland ist sehr gut durch die Krise gekommen. Dennoch ist eine Fortsetzung der christlich-liberalen Koalition im Bund derzeit alles andere als sicher. Woran liegt das?
Nicht an den Unionsparteien.

Immer wieder werden die Grünen als potentieller Koalitionspartner nach der Bundestagswahl ins Spiel gebracht. Die Grünen selbst wollen Rot-Grün, schließen aber Schwarz-Grün nicht aus. Ist für Sie eine Zusammenarbeit mit Trittin, Künast und Co. denkbar?
Klare Antwort: Nein. Wir sind inhaltlich weiter auseinander denn je. Das, was die Grünen derzeit beispielsweise im Bereich der Steuern vorhaben, setzt alles, was wir in den vergangenen Jahren erreicht haben, aufs Spiel. Mit rund 32 Milliarden Euro mehr wollen die Grünen die Menschen belasten. Das ist Gift für Familien, für die Wirtschaft, für den Arbeitsmarkt und es ist das absolute Gegenteil von unserer Politik. Die Grünen wollen die Menschen bevormunden und sie zu ihrem angeblichen Glück zwingen. Wir dagegen setzen aus unserer christlichen Überzeugung auf Selbstbestimmung und Freiheit. Das sind sehr prinzipielle Unterschiede.

Sie selbst haben mit 17 Jahren die JU Haibach vor der Auflösung bewahrt. Was hat sich seit dieser Zeit in der Jungen Union geändert, was ist geblieben?
Vor mehr als 40 Jahren war ich als Frau eine echte Ausnahme in der JU. Mittlerweile hat die JU Bayern mit Katrin Albsteiger eine Frau als Vorsitzende und Frauen sind in allen Gremien der Partei vertreten. Das freut mich sehr. Wenig verändert hat sich die Rolle der JU: Sie war und ist für viele junge Menschen der erste Kontakt mit Politik. Über die JU werden junge Menschen an Politik herangeführt und für die Politik begeistert. Viele von denen, die heute Verantwortung tragen, haben einst in der JU begonnen.

Die CSU hat die Frauenquote eingeführt, für die Sie damals sehr engagiert gekämpft haben. Nun fordert die EU-Kommissarin Reding eine Frauenquote in der Wirtschaft, diese lehnen Sie jedoch ab. Was ist der Unterschied?
Die CSU hat sich selbst freiwillig für eine Frauenquote innerhalb der Partei entschieden, das ist keine gesetzliche Vorgabe. In der Diskussion um die Frauenquote für die Wirtschaft drängen aber manche auf eine gesetzliche Vorgabe: Der Staat soll den Unternehmen vorschreiben, wie viele Posten in einem Aufsichtsrat mit Frauen besetzt sein müssen. Dies zu entscheiden, ist aber nicht Sache des Staates. Deshalb habe ich mehr Sympathie für die sogenannte Flexiquote, bei der die Unternehmen sich selbst auf eine Quote verpflichten.

Sie sind seit 1987 Mitglied des Bundestags, waren Bundesministerin, Vizepräsidenten des Parlaments, führen die CSU nun als Landesgruppenchefin in die Bundestagswahl. Welches Amt hat Ihnen am besten gefallen?
Jedes Amt ist anders und jedes Amt hat seinen Reiz. Da fällt eine Differenzierung verständlicherweise schwer. Besondere Freude macht mir aber schon der Vorsitz der Landesgruppe: Wir sind eine starke Mannschaft von 44 bayerischen Abgeordneten, alle direkt gewählt und in der Bevölkerung fest verankert. Wir sind eine wichtige Stütze und Richtungsgeber der christlich-liberalen Koalition. Dort an der Spitze zu stehen ist gleichsam Ehre und Herausforderung.

> „Die Grünen wollen die Menschen mit 32 Milliarden Euro belasten. Das ist Gift für Familien und die Wirtschaft."

Angenommen, Sie hätten drei Wünsche frei: Einen politischen, einen gesellschaftlichen und einen persönlichen. Was wären diese Wünsche?
Politisch wünsche ich mir, dass die CSU im September bei den Wahlen in Bayern und im Bund so stark wird, wie es nur geht. Gesellschaftlich wünsche ich mir, dass wir nicht immer nur Sonntagsreden von Gleichberechtigung von Frauen und Männern halten, sondern tatsächlich auch so handeln und persönlich wünsche ich mir, dass es meiner Familie weiter so gut geht.

Das CSU-Programm für die Wahlen im September konnten die Mitglieder aktiv mitgestalten. Der „Bayernplan“ der Partei wurde im Internet ausführlich diskutiert. Und auch die Junge Union hat zahlreiche Forderungen an die Mutterpartei gerichtet. Der *bajuware* dokumentiert das **21-Punkte-Papier.**

Schuldenabbau an erster Stelle

1 Die Junge Union Bayern fordert, den Schuldenabbau in Bayern und im Bund an die erste Stelle der politischen Agenda zu stellen! Ab der Bundestagswahl 2013 sollen keine neuen Schulden mehr aufgenommen werden. Auch für Kommunen soll die Schuldenbremse gelten.

2 Zusätzlich zur Schuldenbremse fordert die JU die Umwandlung des bestehenden Solidaritätszuschlags hin zu einem „Generationen-Soli“. Die Einnahmen aus dem Soli dürfen ausschließlich zur Schuldentilgung verwendet werden. Im Rahmen der Umwandlung soll eine Senkung des Solis mitdiskutiert werden.

3 Der Finanzausgleich ist anreizgerecht auszugestalten, Anstrengungen zur Pflege der eigenen Steuerquellen müssen sich lohnen, sowohl für Empfänger-, als auch für Geberländer. Ein System muss Anreize für eine eigenverantwortliche Finanzpolitik in den Nehmerländern zur Folge haben.

4 Die Junge Union Bayern fordert, die Hartz-4-Gesetzgebung dahingehend zu ändern, dass auch Besitzer von Wohneigentum, das sie selbst bewohnen, Anspruch auf Hartz 4 haben. Es widerspricht dem Gedanken der Altersvorsorge, wenn ein Arbeitsloser zunächst sein Haus verkaufen muss, bevor er Hartz 4 erhält.

5 Die Junge Union Bayern lehnt eine allgemeine Vermögenssteuer ab. Die Vermögenssteuer ist eine Substanzbesteuerung. Besonders in Zeiten – staatlich verordneter – niedriger Zinsen ist dies ein sukzessiver Substanzverzehr, der mittel- und langfristig zu geringerer Einkommensteuer führen wird und diejenigen bestraft, die sparsam haushalten und vorsorgen.

6 Die Junge Union Bayern lehnt flächendeckende staatliche Mindestlöhne ab und fordert, die Einführung von verbindlichen branchenbezogenen tariflichen Lohnuntergrenzen voranzutreiben. Die JU fordert eine Vereinfachung im Bereich der Einkommens- und Umsatzsteuer.

7 Die Beibehaltung des differenzierten Schulsystems ist die Grundlage für Bildungsgerechtigkeit. Gute Erziehung und Bildung sind der Schlüssel zur Zukunft jedes Menschen, daher soll jedes Kind seine Begabungen zur freien Entfaltung bringen können. Dabei muss das Prinzip „kein Abschluss ohne Anschluss“ gelten und weiter gefördert werden.

8 Die Förderung von Akademikerinnen muss ein Kernanliegen der Hochschulpolitik bleiben. Der Kinderwunsch darf nicht in Konkurrenz zu Studium und Beruf stehen. Besonders für junge Forscherinnen darf er nicht zum „Karrierekiller“ werden.

9 Die Junge Union Bayern fordert die Einführung eines Praxissemesters im Rahmen des Lehramtsstudiums, da dieses den Studenten die Möglichkeit bietet, das Schulleben über einen Zeitraum von fast einem Schulhalbjahr ohne Unterbrechung kennen zu lernen und aktiv daran teilzunehmen.

10 Die Junge Union Bayern setzt sich für eine Flexibilisierung bei der Gestaltung von Arbeitszeitmodellen (z. B. „freiwillige Spätrente“) ein. Konzepte, die mehr persönlichen Freiraum schaffen, sind unterstützenswert.

11 Die betriebliche und individuelle Weiterbildung der Arbeitnehmer spielt eine entscheidende Rolle im Rahmen des lebenslangen Lernens und ist als Bildungskonzept ausdrücklich zu fördern.

12 Wir fordern eine Entlastung von Eltern bei der Rentenversicherung. Dazu sollen unterschiedliche Rentenbeiträge für Beitragszahler mit Kindern und solche ohne Kinder eingeführt werden. Die Einzahlung in die Rentenversicherung von Seiten des Arbeitgebers, der einen Arbeitnehmer im Rentenalter beschäftigt, muss abgeschafft werden.

13 Im Rahmen einer Stärkung der privaten Säule in der Rentenversicherung fordert die Junge Union Bayern, dass die private Vorsorge nicht mit der Grundsicherung verrechnet werden darf.

14 Die JU Bayern fordert deutliche Verbesserungen bei der Vergütung von Erziehern und Pflegepersonal. Die aktuelle Vergütung von Erziehern, Kinderpflegern und Altenpflegern steht in keinem vernünftigen Verhältnis zu Art und Umfang der Ausbildung sowie zur Verantwortung, die diese täglich übernehmen.

15 Die Junge Union Bayern fordert, dass Haushaltshilfen für Familien künftig steuerlich in vollem Maße absetzbar sein sollen, da diese eine wichtige Entlastung für Familien darstellen.

16 Die Junge Union Bayern tritt für ein landesweites Förderprogramm zur Errichtung von betrieblichen Kinderbetreuungseinrichtungen ein. Der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung darf nicht nur für den Wohnort gelten, sondern muss auch für den Arbeitsort gültig sein. Ebenso sollen sich Wohnortgemeinden des Kindes zu 50 Prozent an der Finanzierung der Einrichtung in der aufnehmenden Gemeinde beteiligen, wenn es sich nachweislich um einen freien Träger handelt.

17 Die JU fordert, die dezentrale Energieversorgung auszubauen und einen Bedarfsplan zur Aufrechterhaltung der Energieversorgung zu entwickeln.

JU-Forderung: Angehende Lehrer sollen ein ganzes Semester Schulluft schnuppern.

18 Die Junge Union setzt sich für den verstärkten Ausbau und die Erforschung von neuen Speichermöglichkeiten ein. Dazu sind intensive Investitionen in Forschung und Entwicklung notwendig.

19 Die Junge Union Bayern fordert die Ernennung eines Energieministers auf Bundes- und Landesebene.

20 Die JU Bayern lehnt die Tarifreform der GEMA ab und fordert, eine Überarbeitung des Urheberrechts- bzw. Urheberrechtswahrnehmungsgesetzes voranzutreiben. Dabei ist maßgeblich, dass die Änderungen nicht zu einer übermäßigen finanziellen Belastung von Betrieben und Veranstaltern führen.

21 Die JU Bayern fordert den forcierten Ausbau der hochbitratigen Breitbandverbindungen im Freistaat durch private Netzbetreiber. Die Errichtung und Bereitstellung bedarfsgerechter Verbindungen für private Haushalte und Unternehmen sind dringend notwendig. Dabei sollen die aktuellen technischen Möglichkeiten effizient genutzt werden.

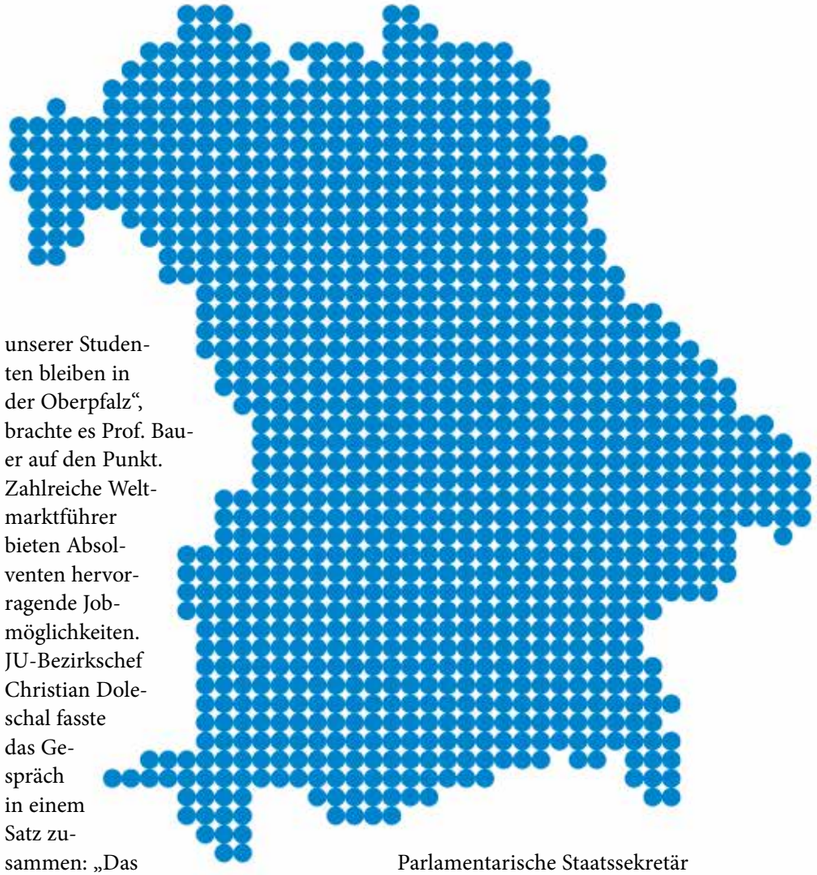
Beckstein macht Auftakt in Oberfranken

Zum Start der neuen Vortragsreihe „Zukunft für Oberfranken“ lud die Junge Union Oberfranken den früheren Ministerpräsidenten Günther Beckstein ein. Dabei sprach der Nürnberger über Werte als Grundlage des politischen Handelns. Er berichtete über den christlichen Glauben, die Aufklärung und den Humanismus, die aus seiner Sicht das Wertesystem der Gegenwart bilden. „Die Leitkultur und die zehn Gebote sind die Leitplanken, zwischen denen jeder frei entscheiden kann“, so Beckstein.

JU Oberpfalz besucht Hochschule Amberg-Weiden und fordert Technische Hochschule

Mit dem Präsidenten der Hochschule Amberg-Weiden Prof. Dr. Erich Bauer diskutierte der JU-Bezirksausschuss über Chancen der Technischen Hochschule. Dieser zeigte auf, dass die Ansiedlung für die gesamte Oberpfalz positive Effekte hätte. Die Hochschule Amberg-Weiden und die Hochschule Regensburg bewerben sich gemeinsam um die „Technische Hochschule Ostbayern“. Die positive Entscheidung fiel im Frühjahr. „Viele

Klare Ansage: Die JU auf dem Nürnberger Faschingsumzug



unserer Studenten bleiben in der Oberpfalz“, brachte es Prof. Bauer auf den Punkt. Zahlreiche Weltmarktführer bieten Absolventen hervorragende Jobmöglichkeiten. JU-Bezirkschef Christian Doleschal fasste das Gespräch in einem Satz zusammen: „Das beste Mittel hochqualifizierte Jobs zu schaffen ist die Aufwertung unserer Hochschulen zur Technischen Hochschule.“

JU NFS: Themen besetzen, Inhalte diskutieren!

Die JU Fürth-Land traf sich mit der Landtagsabgeordneten Petra Guttenberger, um ihr das erarbeitete Positionspapier zum Thema „Nein zur GEMA-Abzocke“ offiziell zu überreichen. Die geplante Tarifreform wird hier klar abgelehnt. Insgesamt wurden über 1500 Unterschriften gesammelt und während einer Podiumsdiskussion mit dem Parlamentarische Staatssekretär und MdB Christian Schmidt, Vertretern der GEMA und der DEHOGA über diese Thematik diskutiert.

Zu Beginn des Jahres waren die Zustände in den Zentralen Aufnahmeeinrichtungen stark in den Medien vertreten. Die JU Nürnberg Ost machte sich deshalb bei einem Ortsbesuch in einem Asylbewerberheim selber ein Bild von der Lage. Woraufhin im Bezirksverband mit Olaf Kuch, dem Bezirksvorsitzenden des AK Juristen, über das Thema „Von der Einreise bis zur deutschen Staatsbürgerschaft – Deutschland als Zuwanderungsland“ diskutiert wurde.

Traditionell hat auch in diesem Jahr der Stadtverband der JU Nürnberg wieder mit einem eigenen Wagen am Nürnberger Faschingsumzug, dem ältesten Fastnachtsumzug der Welt, teilgenommen. Das Motto des diesjährigen Wagens lautete „Wir schützen Ihr Gold – nicht nur vor den Roten!“

Tobias Zech als Oberbayern-Chef bestätigt

Für die Zulassung alter KFZ-Kennzeichen, für die dritte Startbahn und gegen die Privatisierung des Trinkwassers hat sich die JU Oberbayern in den vergangenen beiden Jahren stark gemacht. „Die Weichen für das Leben unserer Kinder und Kindeskinder werden heute gestellt. Mit unserem Einsatz von heute bestimmen wir, wo es morgen hin geht“, appellierte JU-Bezirksvorsitzender Tobias Zech bei der Bezirksversammlung.

Zech bekräftigte die Einführung einer PKW-Maut. Wenn in Österreich, Italien und in der Schweiz Maut bezahlt werden müsse, dann sollten Reisende aus dem Ausland das auch in Deutschland tun. Man müsse dafür Sorge tragen, dass „die Finanzierung unserer Verkehrswege auch weiterhin gesichert ist.“

Gegen Staatsschulden will die Junge Union Oberbayern genauso weiter angehen, wie gegen die Einführung sogenannter Gemeinschaftsschulen. Es wäre fatal, das vielfach bewährte System zu verändern, so wie Rot-Grün es fordert. Bei der Wahl des neuen Bezirksvorstands wurden Tobias Zech und seine Stellvertreter Alexander Heimisch, Alex Wegmaier und Alexandra Langer bestätigt, Florian Gerthner ist neu in der Vize-Riege.

Für faire GEMA-Gebühren!

Gemeinsam gegen den GEMA-Wahnsinn: Karlheinz Roth, Marcel Reicheneder (Clubbetreiber), Florian Oßner und Paul Linsmaier (v. l.).

Die Junge Union Niederbayern kämpft für einen Erhalt der bisherigen Gema-Gebühren. Hintergrund ist die von der GEMA geplante Änderung der Tarifstruktur. Im Rahmen einer Bezirksausschusssitzung wurde deshalb diese bundespolitische Thematik mit Marcel Reicheneder, Betreiber der Diskothek „Atrium“ in Dingolfing und des P.M. in Untermeitingen, diskutiert.

„Wir sind nicht gegen eine Beteiligung der Künstler an den Erlösen von Veranstaltungen“, betont JU-Bezirksvorsitzender Florian Oßner. Allerdings müsse eine gewisse Verhältnismäßigkeit gewahrt werden. Die geplante Tarifstruktur ist künftig grundsätzlich nur noch von zwei Größen abhängig: der Raumgröße und dem Eintrittspreis, was in weiten Teilen zu deutlichen Kostensteigerungen für die Veranstalter führen wird. Richtig dramatisch können die Preiserhöhungen für Diskotheken werden, wie Marcel Reicheneder vorrechnete. Teilweise würden sich die Gebühren um mehrere 100 Prozent vervielfachen, was für viele Betreiber das Aus bedeuten würde.

Coole Aktionen im heißen Wahlkampf?

Schickt uns bis 10. August Impressionen eurer Aktionen und Veranstaltungen in den Orts-, Kreis- und Bezirksverbänden.
E-Mail an: redaktion@der-bajuware.de

Frauenanteil in der JU Bayern

Verband	Mitglieder	Frauen	%
Bezirksverbände			
Augsburg	349	103	30
München	1317	386	29
Nürnberg/Fürth/Schwabach	723	204	28
Oberpfalz	4981	1400	28
Oberfranken	3022	844	28
Oberbayern	7017	1925	27
Unterfranken	2274	622	27
Niederbayern	3965	1071	27
Schwaben	2548	680	27
Mittelfranken	1295	302	23
Kreisverbände			
Fürth-Stadt	75	33	44
Hof-Stadt	46	19	41
Memmingen-Stadt	59	24	41
Weiden	76	30	39
München I	172	65	38
Dachau	124	45	36
Augsburg-Ost	83	30	36
Aschaffenburg-Stadt	40	14	35
Landshut-Stadt	98	34	35
München IV	92	31	34
Haßberge	383	128	33
Würzburg-Stadt	152	50	33
Ingolstadt	201	66	33
München X	214	69	32
Forchheim	347	111	32
Unterallgäu	154	49	32
München IX	145	46	32
Lichtenfels	259	82	32
Regen	270	85	31
Rosenheim-Stadt	87	27	31
Amberg-Sulzbach	459	141	31
Nürnberg-Ost	111	34	31
Altötting	493	151	31
Ansbach-Stadt	36	11	31
Kronach	448	136	30
Eichstätt	1002	304	30
Straubing-Bogen	562	170	30
Landsberg a. Lech	189	57	30
Neustadt a.d.Waldnaab	1131	339	30
Bayreuth-Stadt	107	32	30
Aschaffenburg-Land	188	56	30
Schweinfurt-Land	131	39	30
Erlangen-Höchstadt	158	47	30
Berchtesgadener Land	189	56	30
Nürnberg-Nord	136	40	29
Garmisch-Partenkirchen	256	75	29
Augsburg-Land	585	171	29
Deggendorf	540	155	29
Miesbach	352	101	29
Tirschenreuth	1081	310	29
Regensburg-Stadt	312	89	29
Kempten-Stadt	120	34	28
Passau-Stadt	106	30	28
Günzburg	295	83	28
München-Land	481	135	28
Pfaffenhofen a.d. Ilm	175	49	28
Coburg-Land	179	50	28
Neuburg-Schrobenhausen	263	73	28
Bamberg-Land	411	114	28
Straubing-Stadt	83	23	28
Augsburg-West	266	73	27
Schwandorf	464	127	27
München III	106	29	27
Neumarkt/Opf.	461	125	27
München VI	159	43	27
Freyung-Grafenau	304	82	27
Neustadt-Bad Windsheim	156	42	27
Bad Tölz-Wolfratshausen	172	46	27
Würzburg-Land	490	131	27
Fürth-Land	196	52	27
Main-Spessart	243	64	26
Wunsiedel i. Fichtelgebirge	114	30	26
Weißenburg-Gunzenhausen	88	23	26
Bayreuth-Land	231	60	26
Landshut-Land	401	104	26
Weilheim-Schongau	297	77	26
München II	112	29	26
Ebersberg	502	129	26
Fürstenfeldbruck	359	92	26
Passau-Land	754	193	26
Rosenheim-Land	571	146	26
Donau-Ries	428	109	25
Cham	355	90	25
Traunstein	375	95	25
Aichach-Friedberg	249	63	25
Hof-Land	413	104	25
Nürnberg-Süd	84	21	25
Roth	197	49	25
Lindau/Bodensee	101	25	25
Dingolfing-Landau	292	71	24
München VIII	231	56	24
Kelheim	292	70	24
Kitzingen	81	19	23
Amberg-Stadt	60	14	23
Regensburg-Land	582	135	23
Miltenberg	207	48	23
Freising	244	55	23
Erding	126	28	22
Coburg-Stadt	72	16	22
Mühldorf a. Inn	402	89	22
Neu-Ulm	169	36	21
Bamberg-Stadt	99	21	21
München VII	85	18	21
Nürnberg-West	97	20	21
Schweinfurt-Stadt	73	15	21
Rottal-Inn	263	54	21
Nürnberger Land	294	60	20
Bad Kissingen	201	41	20
Rhön-Grabfeld	85	17	20
Oberallgäu	110	22	20
Ansbach-Land	292	57	20
Starnberg	156	29	19
Erlangen-Stadt	74	13	18
Schwabach	24	4	17
Ostallgäu	77	12	16
Landesverband	**27488**	**7537**	**27,4**

Impressum

Herausgeber:
Junge Union Bayern
Landesvorsitzende Katrin Albsteiger
Nymphenburger Straße 64, 80335 München
Telefon (089) 1243-240, Telefax (089) 1298531
ju@ju-bayern.de
www.ju-bayern.de

Koordination:
Landesgeschäftsführer Bernhard Kuttenhofer (V.i.S.d.P.)

Druck:
J. Gotteswinter, München

Chefredakteur:
Thomas Breitenfellner

Redaktionelle Mitarbeit:
Karsten Dietel, Stephan Ebner, Katharina Emig, Markus Mochti, Armin Petschner, Katharina Weber, Dorothea Wiepcke

Bilder:
Robert Redinger (19), Bildagentur Waldhäusel (6), Henning Schacht (2), Rita Modl (1), Markus Schwarze (1), Redaktion (7)

Anzeigen und Verlag:
breitenfellner kommunikation, Gröbenzell

Auflage: 40 000

Keine Haftung für unverlangt eingesandte Fotos und Manuskripte.

der *bajuware* erscheint drei Mal jährlich.

den *bajuwaren* erhalten alle Mitglieder der JU Bayern.

Redaktions- und Anzeigenschluss
für die nächste Ausgabe: 10. August 2013

Die JU Bayern im Netz:

www.facebook.com/JUBayern

www.twitter.com/JUBayern

www.youtube.com/AuftragBayern

www.flickr.com/JUBayern

Aktuelle Seminarangebote der Hanns-Seidel-Stiftung

Bürgerbeteiligung bei der Energiewende
26. bis 28. Juli
Kloster Banz
Preis: 70 €

Professionelle Präsentationstechniken: erfolgreiches Selbstmarketing
26. bis 28. Juli
Kloster Banz
Preis: 90 €

Wenn Frauen führen – fördern, fordern, motivieren
6. bis 8. September
Wildbad Kreuth
Preis: 90 €

Internet und Recht
11. bis 13. Oktober
Kloster Banz
Preis: 90 €

Kommunalpolitik/Kommunalrecht – Einführung und systematische Grundlagen
8. bis 10. November
Wildbad Kreuth
Preis: 70 €

www.hss.de/veranstaltungen.html

Als Erzeuger des akutellen JU-Weins, freuen wir uns unsere Qualität erneut unter Beweis stellen zu dürfen.

Besuchen Sie unsere WEINERLEBNIS.Vinothek und genießen Sie in modernem Ambiente mit Freunden große Weinmomente.

Bodenständig und fränkisch, kreativ und weltoffen!

Klicken Sie doch mal rein und finden Ihr persönliches WEINERLEBNIS.

WEINGUT MARKUS MEIER
91478 Ulsenheim 114
F R A N K E N
TELEFON 09842-2479
FAX 09842-952241
POST@WEINGUTMEIER.DE

MO-FR 13.00 - 19.00 UHR
SAMSTAG 10.00 - 18.00 UHR

Super Stimmung, köstliche Speisen, lebendige Sitzungen und entspannte Stunden in der Wellnesslandschaft: Das war der dritte *bajuware* Wintertraum. JU-Landesvorsitzende Katrin Albsteiger und bajuware-Chefredakteur Thomas Breitenfellner freuten sich über den regen Andrang. Fast 300 Leser nahmen auch dieses Mal teil – der Bayerische Hof in Rimbach war also erneut restlos ausgebucht. Albsteiger und Breitenfellner dankten den Hotelchefs Andreas und Ewald Gsellhofer „für die herausragende Gastfreundschaft". Vom 6. bis 8. Dezember findet die Neuauflage des *bajuware* Wintertraum statt: Ab sofort können sich JU-Mitglieder und *bajuware*-Leser anmelden (nächste Seite).

Für unsere Leser und Freunde

der bajuware *Wintertraum*

6. bis 8. Dezember 2013

Politik zum Wohlfühlen: *der bajuware* lädt seine Leser und alle Freunde der Jungen Union ein zum großen Wintertraum. Inmitten des schönen Bayerwalds wird von 6. bis 8. Dezember entspannt, gefeiert und politisiert.

Tauche ein in die über 3000 Quadratmeter große Wellness-Landschaft, verwöhne deinen Gaumen, rocke ab bei der *bajuware*-Partynacht und treffe auf Ehrengäste aus Politik und Wirtschaft sowie die Mitglieder des JU-Landesvorstands und des JU-Bundesvorstands.

Das wird ein Wellness-Wochenende auf höchstem Niveau: Für alle Leser und Freunde des *bajuwaren* zum Spezialpreis von nur 129 Euro (Einzelzimmer 159 Euro)! Im Preis inbegriffen: 2 Übernachtungen (DZ) mit großem Frühstücksbuffet, mehrgängiges Abendessen am Freitag und Samstag, kostenfreie Nutzung der riesigen Wellness- und Fitness-Landschaft, *bajuware*-Partynacht und vieles mehr …

Die Plätze für den *bajuware* Wintertraum sind begrenzt.
Deshalb schnell per E-Mail anmelden: redaktion@der-bajuware.de

Plätze sind begrenzt!

WELLNESS - SPORT - HOTEL
Bayerischer Hof

www.bayerischerhof-rimbach.de

www.ju-bayern.de

CSU Shop

bayerischer lifestyle